Union 2012
Gemeinsam ein Ziel

Die Delegierten der Union 2012 berichten über die DV vom 21.11.2013:

Kammerpräsident Schmiedel lässt die Maske fallen - nun doch ein <u>rückwirkendes</u> Übergangsgeld für ihn?

Union 2012 und Fraktion Gesundheit verlassen geschlossen die DV und setzten damit ein Zeichen gegen eine <u>rückwirkende</u> Einführung von Übergangsgeldern

Was war passiert?

In der DV vom 19.09.2013 lag eine Beschlussvorlage des Vorstands vor, die dem Präsidenten und Vizepräsidenten erstmalig in der über 50 jährigen Kammergeschichte rückwirkend ein Übergangsgeld (bis zu 16 Monatsaufwandsentschädigungen) nach dem Ausscheiden aus ihren Ämtern sichern sollte. Der Entwurf sah u.a. sogar Zahlungen an Erben im Todesfall vor. Im Vorfeld der Sitzung hatte der Koll. Weiß in einem mehrseitigen Schreiben an den Vorstand Bedenken gegen den vorgelegten Entwurf dargelegt. In der Sitzung und nach hitziger Diskussion wurde dann mit den Stimmen der Union 2012 und der Fraktion Gesundheit ein Mehrheitsbeschluss dahingehend gefasst, "**dass alle Abstimmungen über eine Übergangsentschädigung erst ab der nächsten Legislaturperiode gelten sollen und nicht für rückwirkende oder laufende ehrenamtliche Tätigkeiten**". Ergänzend dazu sollte ein Ausschuss gebildet werden, "der Gedanken und Vorschläge zu einer Übergangsentschädigung" sammeln sollte.

Das war also die Ausgangslage für die kurzfristig einberufene und sich nur um das Übergangsgeld drehende gestrige DV. Nach Aufruf der Delegierten zeigte sich, dass über ein Viertel fehlte. Die Union 2012 war vollzählig und geschlossen anwesend.

Schon früh zeigte sich, dass der Vorstand, gestützt auf die Koalitionäre vom VdZvB und FVDZ nicht viel "Federlesen" machen wollte und seine eigenen Vorstellungen vom Verlauf des Abends hatte. Während des TOP "Grundsatzdiskussion über den Sinn und Zweck von Übergangsgeldern" , monologisierte unser **Präsident Dr. Schmiedel** und trug Argumente für (s)ein Übergangsgeld lautstark und gut vernehmlich vor. Besonders sein Argument, **"*die anderen Kammern haben fast alle ein Übergangsgeld, dann will ich es auch haben*"**, blieb dabei besonders im Gedächtnis. Gebetsmühlenartig wurde der Wertverlust der eigenen Praxis während der starken Inanspruchnahme durch das Amt von einigen weiteren Fürsprechern der Koalition vorgetragen, wobei sich mehrere von ihnen während der Diskussion erheblich im Ton vergriffen.

Von Seiten der UNION 2012 und der Fraktion Gesundheit trugen 7 Delegierte dezidiert Bedenken und viele Argumente gegen ein Übergangsgeld ins Feld. Von den vorgebachten Punkten sollen hier 3 kurz benannt sein:

1. Ist eine Einführung eines Übergangsgelds zum jetzigen Zeitpunkt opportun?

Trotz eines <u>fulminanten "Stimmungs-, Motivations- und Teilhabetiefs" in der Berliner Kollegenschaft</u>, welches sich in einer dramatisch geringen Wahlbeteiligung, einer extrem hohen Anzahl von ungültigen Stimmen und auch durch eine historisch geringe Resonanz beim letzten Zahnärztetag manifestiert, wäre die jetzige Einführung eines Übergangsgeldes nicht opportun und eine Hypothek für die zukünftige Kammerarbeit.

2. Ein Übergangsgeld ohne Plausibilitätsprüfung ist inakzeptabel !

Wenn das Übergangsgeld eine <u>finanzielle Wiedereingliederungshilfe</u> sein soll, also ein finanzieller Ausgleich dafür, dass der Funktionsträger in der Phase seines Wiedereintritts in seine vorher ausgeübte Praxistätigkeit, wirtschaftliche Einbußen in seiner Praxis erleidet, <u>setzt dies notwendigerweise den Bestand, sowie die Weiterführung der eigenen Praxis, eine extreme Arbeitsbelastung im Amt (Praxisabwesenheit) und eine tatsächliche wirtschaftliche Einbuße voraus</u>. Wenn man mit dem Geld der Kollegenschaft verantwortungsvoll umgehen will, ist eine pauschale Annahme, dass dies so sei, nicht akzeptabel. Zudem stellt sich die Frage, ob ein Übergang eines vom Alter her eher rentennahen Kollegen, zurück in die Praxis, realistisch ist?

Union 2012
Gemeinsam ein Ziel

3. Übergangsgeld bei Wiederwahl und regelmäßiger Erhöhung der Aufwandsentschädigung?

Die begünstigten Personen waren in Kenntnis der jeweils aktuellen Entschädigungsregelungen über mehrere Legislaturperioden bereit, diese Aufgaben immer wieder zu übernehmen. In den konstituierenden DV´s wurden die Aufwandsentschädigungen jeweils auf Vorschlag der Begünstigten angehoben, letztmalig am 31.01.2013 um ca. 8%. Es ist nicht plausibel und der Kollegenschaft nicht zu vermitteln, warum sehr erfahrenen Funktionsträgern nun erstmals in der 50 jährigen Kammergeschichte nachträglich auffällt, dass sie wirtschaftliche Einbußen hatten oder zu erwarten haben, die nun rückwirkend ausgeglichen werden müssen.

Grundsätzlich vertrat die Union 2012 und die Fraktion Gesundheit die Position, dass eine aktive Tätigkeit eines ehrenamtlichen Amtsträgers angemessen zu vergüten sei und man auf nachträgliche Übergangszahlungen völlig verzichten sollte.

Die Delegierten der Union 2012 und der Fraktion Gesundheit waren im Vertrauen auf den Bestand des am 19.09. gefassten Beschlusses (Rückwirkungsverbot) gekommen, um sich konstruktiv mit in den Meinungsaustausch um die Frage einer **zukünftigen Übergangsregelung** einzubringen und mussten plötzlich feststellen, dass die Intention des Vorstandes hier eine völlig andere war.

Die Erklärungen des Präsidenten Dr. Schmiedel und sein gesamtes sehr emotionales Verhalten lies langsam aber sicher die Erkenntnis reifen, dass wir Zeuge davon werden, wie versucht werden soll, durch die Fassung eines "**korrigierenden oder aufhebenden neuen Beschlusses**" doch noch die Möglichkeit zu schaffen, ein **rückwirkendes Übergangsgeld** für die ins Auge gefassten Personen zu ermöglichen. Es lag weiterhin die Vermutung nahe, dass der im zweiten Beschluss verankerte Ausschuss durch "eine passende Zusammensetzung" dazu instrumentalisiert werden sollte, in der Außendarstellung ein Übergangsgeld in der Kollegenschaft opportun (MBZ) erscheinen zu lassen. Damit wäre dann der Boden für eine abändernde Beschlussfassung geebnet.

Auf eine konkrete Nachfrage hin, bestätigte der Kammerpräsident, dass die Aufhebung des vorherigen Beschlusses natürlich möglich wäre und damit dann doch ein rückwirkendes Übergangsgeld für ihn und seinen Vize.

Als der Koll. Dr. Schmiedel dann noch die ihm "vorschwebende Zusammensetzung" des Ausschusses bekannt gab, nachdem man einen Vorschlag der Union, der alle in der DV vertretenden Fraktionen mit einbezogen hätte, negiert hatte, **blieb der Union 2012 und der Fraktion Gesundheit nichts anderes übrig, als ein deutliches Zeichen gegen diese Strategie des Aushebelns eines bereits gefassten DV-Beschlusses zu setzen.**

Der sinngemäße Einwurf (*Anm.: das Protokoll der Sitzung liegt noch nicht vor*) des Präsidenten Dr. Schmiedel, "*was wollen Sie eigentlich, ich könnte hier alles durchwählen lassen wenn ich will und damit basta*"), zeigte deutlich, dass an einer breitbasigen Meinungsbildung über alle berufspolitischen Gruppierungen hinweg und auch an einer echten Verankerung in der Kollegenschaft kein ernsthaftes Interesse bestand - es im Zweifel eben nur um eine rigorose Durchsetzung von Partikularinteressen mit einem leichten demokratischen Anstrich ging.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach dem die Oppositionsfraktionen die DV geschlossen verlassen hatten, war die DV nicht mehr beschlussfähig, so dass Entscheidungen zum Übergangsgeld zunächst nicht getroffen werden konnten. Wären die Koalitionsfraktionen vollständig anwesend gewesen, hätten sie mit ihren 24 Delegierten die Sitzung weiterführen können. Ein etwaiger von der Koalition erhobener Blockadevorwurf fällt demnach auf ihre eigenen (unvollständigen) Fraktionen zurück!

Union 2012
Gemeinsam ein Ziel

Wie wird es weiter gehen?

Es liegt die Vermutung nahe, dass relativ zeitnah eine neue DV mit dem selben Thema (Übergangsgeld) einberufen werden wird, in der dann der Vorstand seine Reihen schließen und entsprechend "durchwählen" wird. Der sich daraus ergebene Ausschuss wird dann zu dem Ergebnis kommen, dass ein Übergangsgeld unverzichtbar ist und das dieses auch unter Aufhebung des bereits gefassten, aber konträren Beschlusses vom 19.09. rückwirkend gewährt werden sollte. Genau das wird dann als Beschlussvorlage in einer der nächsten DV´s auf dem Tisch liegen und von der Mehrheit der Koalition beschlossen werden. Und so bekommt der Kollege Dr. Schmiedel doch noch sein Übergangsgeld... . Wollen wir wetten?

Berlin, 27. November 2013

Fraktion der UNION 2012 in der Delegiertenversammlung der Berliner Zahnärztekammer:
ZA Gneist, ZÄ Hein, ZA Bloch, Dr. Dohmeier-de Haan, ZA Klutke, Dr. Hessberger, Dr. Nachtweh, Dr. Granzow, Dr. Schätze, Dr. Weiß